

Theater Krefeld/ Mönchengladbach - Bühnenverein schaltet sich ein

Die Existenzkrise des Doppeltheaters Krefeld/Mönchengladbach hat den Deutschen Bühnenverein auf den Plan gerufen.



In Mönchengladbach wurde gegen den Beschluss des Rates demonstriert. (Foto: Jörg Knappe)

Krefeld/Mönchengladbach. Die Existenzkrise des Doppeltheaters Krefeld/Mönchengladbach hat den Deutschen Bühnenverein auf den Plan gerufen. Der Dachverband der Theater forderte am Donnerstag den Rat der Stadt Mönchengladbach auf, seinen Beschluss gegen einen Nachtragshaushalt aufzuheben.

Der Mönchengladbacher Rat hatte den Nachtragshaushalt nicht genehmigt, mit dem eine erhebliche Finanzlücke in der laufenden Spielzeit ausgeglichen werden sollte. Dadurch ist die Existenz der 1950 geschlossenen ältesten deutschen „Theaterreihe“ akut gefährdet. Die Lücke in Höhe von einer knappen Million Euro war durch die jüngste Tarifierhöhung im Öffentlichen Dienst und damit auch an den Bühnen entstanden.

Der Stadtrat von Mönchengladbach müsse seinen Beschluss zurücknehmen und das notwendige Geld „unverzüglich bereitstellen“, sagte Bühnenvereins-Geschäftsführer Rolf Bolwin in Köln der Deutschen Presse-Agentur dpa. Schließlich hätten die Kommunen die Tarifierhöhungen so abgeschlossen und müssten sie nun auch finanzieren.

Dies gelte selbstverständlich auch für die städtisch getragenen Theater. Bolwin wies mit Nachdruck darauf hin, dass die niederrheinische Doppelbühne eines der kostengünstigsten Theater in Deutschland sei.

Als „Desaster“ für das Theater kritisierte auch Mönchengladbachs Oberbürgermeister Norbert Bude (SPD) die Rats-Entscheidung. Er sei „schwer enttäuscht“. Die rund 500 Bühnen-Beschäftigten hätten einen derartigen Umgang nicht verdient.

„Der jetzige Beschluss ist einfach nur falsch“. Mit dem Ziel, möglichst schnell eine Lösung in der schwierigen Situation zu finden, bereite Bude für Anfang Januar eine Sondersitzung des Theaterkuratoriums vor, sagte ein Sprecher der Stadt.

Der Krefelder Rat hatte vor einigen Tagen dem Beschluss des Theaterkuratoriums für einen entsprechenden Nachtragshaushalt zugestimmt. Mönchengladbachs Anteil an der notwendigen Summe hätte nach Bühnenangaben bei 485 000 Euro gelegen.

Generalintendant Jens Pesel hatte zuvor in einem „dramatischen Appell“ die Kuratoriumsmitglieder der Doppelbühne darauf hingewiesen, dass bei einem Platzen des Nachtragshaushaltes die Zahlungsunfähigkeit des Theaters im kommenden Frühsommer zu befürchten sei. Mönchengladbachs Ratsmehrheit von CDU und FDP hatte sich in den vergangenen Wochen mehrfach für ein Darlehensmodell ausgesprochen.

